

Der Evangelische Arbeitskreis und die CDU

Christian Meißner

„Ihr sollt ein Segen sein“ – so lautet das Motto des ersten Ökumenischen Kirchentages. In einer Welt voller Zerrissenheit, Elend und Unfrieden stehen wir als Christen auf der „gesamten, bewohnten Welt“ (= *oikumene*) unter ein und derselben elementaren Verheißung Gottes, die für uns gleichermaßen Zuspruch wie Anspruch bedeutet. Gerade weil wir immer schon im Lichte der befreienden und frohmachenden Botschaft Christi („evangelium“) gesegnet sind – und zwar allein aus Gnade („gratis“) und nicht aus unseren eigenen Verdiensten und Werken –, sind wir dazu aufgerufen, zum Segen für diese Welt zu werden. Die Kirche Christi hat ihren Auftrag in dieser Welt schließlich nicht um ihrer selbst, sondern um Gottes und der Welt willen.

Nicht Weltentsagung und Weltflucht, sondern Weltverantwortung und Weltgestaltung sind die Kennzeichen jedes Christenmenschen, unabhängig von seiner jeweiligen konfessionellen Prägung.

Das gilt natürlich in ganz besonderer Weise nicht nur für die seelsorgerlichen und diakonischen beziehungsweise karitativen Dienste von Kirche, sondern auch für den politischen Bereich. Die Pole „Kirche und Politik“ – so wechselt ihre beiderseitige Geschichte auch immer gewesen sein mag – sind bei all der Unterschiedlichkeit ihres Auftrages immer aufeinander bezogen. Die Fragwürdigkeiten und Probleme bei der Verhältnisbestimmung zwischen Kirche und Politik entstehen (und entstanden!) dabei weniger im theologisch Grundsätzlichen als im

politisch beziehungsweise kirchlich Konkreten. Erst dort, wo sich beide Pole entweder vollständig zu vermischen oder aber grundsätzlich zu trennen drohen, zeigen sich die erschreckenden Zerrformen sowohl des Glaubens als auch der Politik.

Da „Kirche“ aber nicht bloß eine ideelle Wirklichkeit bezeichnet, sondern immer nur in Gestalt von konfessionellen Kirchentümer und somit in Form von geschichtlich-konkret gewachsenen Sozialgestalten des Christentums existiert, kann sie auch ihrer institutionalisierten „Außenseite“ neben beziehungsweise in, mit und unter ihrer „geglaubten“ Wirklichkeit nicht entraten. Diese konfessionellen Kirchen sind nun ihrerseits permanent – sei es in latenter oder in manifester Weise – durch Verweltlichung und Ideologisierung gefährdet. Die Jahrhunderte nach der Aufklärung haben uns nicht nur gelehrt, dass es eine politische Gefährdung der Existenz der Kirchen durch staatlichen Totalitarismus („Gottloser Staat“) gibt, sondern auch eine religiöse Gefährdung des Staates („Gottesstaat auf Erden“) durch *ekklesiologische* Überhöhung und Verabsolutierung im Grunde partikularer konfessioneller Herrschaftsansprüche! Die Kirchengeschichte selbst, dieser „Mischmasch aus Irrtum und Gewalt“ (Goethe), bietet über die Jahrhunderte hinweg bis in unsere unmittelbare Gegenwart hinein hierfür genügend abschreckendes Anschauungsmaterial.

Die Entwicklung des Toleranzgedanken, die gewachsene Kultur der ökume-

nischen Verständigung und die erlangte Einsicht in die Notwendigkeit gemeinsamer, konfessionsübergreifender Handlungsverantwortlichkeiten haben jedoch spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg ein neues Bewusstsein unter Christen aller Konfessionen geschaffen.

Wir sind – befördert durch die politischen Erschütterungen und Gräuel des letzten Jahrhunderts – zunehmend dafür sensibel geworden, dass auch in die die Jahrhunderte durchziehende Auseinandersetzung und in das Ringen um den christlichen Glauben zwischen den Konfessionen ein ideologischer Ungeist dringen kann, der den Wahrheitsanspruch des Evangeliums in einen „kirchenpolitischen“ Fundamentalismus hinein verdunkeln, verzerren und deformieren kann. Im „ökumenischen Zeitalter“ wissen wir mittlerweile, dass immer dort, wo sich eine ganz bestimmte „Gestalt von Religion“ in ihrer historisch-partikularen Konkretisierung absolut zu setzen trachtet, der eigentliche Glaube endet und an seine Stelle die bloße politische Ideologie von „Gläubigen“ tritt. Die Kirche(n) auf der einen und die Politik auf der anderen Seite sind eben beide nicht von der Gefahr ausgenommen, durch ideologisches Denken gelähmt zu werden.

Konfessionsübergreifende Zusammenarbeit

Nach 1945 – vor dem unmittelbaren Hintergrund des völligen Scheiterns von Politik – entwickelte sich in Deutschland ein neues Bewusstsein eines konfessionsübergreifenden, christlichen Gestaltungswillens unter freiheitlichen und demokratischen Bedingungen. In der historischen Stunde des gesellschaftlichen „Nullpunktes“ entstand in einer Weise, die zuvor undenkbar gewesen wäre, ein gemeinsames Band zwischen römisch-katholischen und protestantischen Christen innerhalb einer neuen Partei, der

„Christlich-Demokratischen Union“. Es ist keineswegs übertrieben, wenn man darauf hinweist, dass sowohl dieses konfessionsübergreifende, politische „Unionsbündnis“ als auch überhaupt die große Erfolgsgeschichte dieser neuen, jungen Partei in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik wohl ohne die entscheidende Arbeit und integrative Kraft des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) nicht zu Stande gekommen wäre.

Die große politische Aufgabe nach dem Zweiten Weltkrieg bestand hierbei zunächst in der Gewinnung und gleichberechtigten Einbindung evangelischer Christen in die sich neu formierende Partei, die ja ein starkes zahlenmäßiges Übergewicht der Katholiken verzeichnete. Konrad Adenauer, obwohl selbst katholisch, hat sich immer wieder deutlich dafür ausgesprochen. Er erkannte frühzeitig, dass eine tragfähige christdemokratische Politik nur in der Zusammenarbeit von Protestanten und Katholiken wirklich zukunftsfähig sein würde. Das Wirken von Hermann Ehlers, dem Gründer Vater des EAK, ist hier vor allem richtungweisend geworden. Der EAK hat sich seit seiner Gründung im Jahre 1952 in beeindruckender Weise um die konsequente Pflege und Einbindung der evangelischen Christen innerhalb der Union verdient gemacht. Gerade vor dem Hintergrund der Nicht-Selbstverständlichkeit konfessionsübergreifender politischer Zusammenarbeit muss diese Leistung, die keineswegs nur der profanen Logik des politischen Kalküls entstammte, bis heute gewürdigt werden. Man war sich zum ersten Male – bei allen bleibenden Unterschieden und tiefen konfessionellen Gräben – darin einig, dass der neue deutsche Staat in Freiheit und Demokratie nur dann gedeihen könnte, wenn er sich seiner tragenden christlichen Wurzeln besinnen und dauerhaft versichern würde.

Von Anfang an hatte sich im kriegsverwüsteten Deutschland der erkennbare Wille weiter und durchaus disparater gesellschaftlicher Kräfte abgezeichnet, eine Politik nach christlichen Grundsätzen zu befördern und zu gestalten.

Neue politische Herausforderung

Die Gründung einer christlich-demokratischen Partei war zunächst der vielfältigsten Kritik ausgesetzt, und zwar in nicht unbeträchtlicher Weise von protestantischer Seite aus. Es war dem Protestantismus in Deutschland – im Gegensatz zum Katholizismus – jabis dato nicht wirklich gelungen, zu einem eigenständigen oder gar profilierten Verhältnis politischer Mitbestimmung und Mitwirkung auf dem Boden demokratischer Strukturen zu gelangen. Dies lag zum einen darin begründet, dass im vormals preußisch-protestantisch dominierten Deutschen Reich hierzu auch überhaupt gar keine politische Notwendigkeit bestanden hatte. Die Verbindung zwischen „Thron und Altar“ war für die überwiegende Mehrheit der evangelischen Christen geradezu eine über Jahrhunderte gewachsene staatskirchenrechtliche Selbstverständlichkeit gewesen. Der Weimarer Republik (sozusagen das Ende dieser Selbstverständlichkeit!) begegneten somit weite Teile des deutschen Protestantismus mit tiefster innerer Abneigung und Distanz. Ein wichtiger Grund für die politische Unbedarftheit evangelischer Christen lag aber auch zum anderen in einem Wesenszug des Protestantismus selbst, dem nämlich – aufgrund seiner pluralen und differenzierten Struktur – ein geschlossenes Auftreten nach außen hin, nach Art der *catholica*, sei es auf dogmatischem, ethischem oder politischem Felde, eben nicht in derselben Weise zu Eigen ist.

Der römische Katholizismus stand dem gegenüber schon spätestens seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts, seit der Französischen Revolution, in einer Tradi-

tion gewachsener politischer Erfahrung. Es ist das historische Verdienst der katholischen Christenheit, dass bei ihr die Anfänge christlichen Parteienengagements zu suchen sind. Bemerkt werden muss hier jedoch, dass sich die Entwicklung eines solchen christlich-politischen Selbstbewusstseins von katholischer Seite aus nicht von selbst und freiwillig vollzogen hat, sondern sich zu einem Großteil erst der spezifischen Tatsache verdankt, dass der Einfluss der katholischen Kirche vor dem Hintergrund von fürstlichem Absolutismus, agnostischer Aufklärung, fortschreitender Säkularisierung und kirchenfeindlicher Revolution bedroht beziehungsweise die Kirche ihrer etablierten Rechte bereits verlustig gegangen war. Vor dem Hintergrund „kulturkämpferischer“ Bestreitung ehemals selbstverständlicher staatskirchenrechtlicher Privilegierung musste sich der Katholizismus also zeitlich weit vor dem Protestantismus – um seines verbleibenden gesellschaftlichen Einflusses willen – mit seiner politischen Situation auseinandersetzen. Dies hat ihn dann aber wiederum – *mutatis mutandis* – in neuer Hinsicht gestärkt und zukunftsfähig gemacht. Hieraus resultiert der Vorsprung an christlich-demokratischer Kompetenz, den der politisch organisierte Katholizismus in die Bundesrepublik Deutschland von Anfang an einzubringen wusste. Hier liegt aber auch der Anknüpfungspunkt für die interkonfessionelle Zusammenarbeit begründet, denn nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft ging es nun im Bewusstsein beider Konfessionen um die gemeinsame politische Aufbauarbeit des neuen deutschen Staates.

Hermann Ehlers, der selbst tief in der evangelischen Glaubenswelt verwurzelt war, betonte immer wieder die Bedeutsamkeit dieser neuen politischen Herausforderung. So schrieb er einmal:

„Wenn wir von einer politischen Zusammenarbeit der Konfessionen spre-

chen, dann meinen wir wirklich eine politische Zusammenarbeit. Es ist also unsinnig, etwa zu sagen, wie es immer geschieht, diese Zusammenarbeit habe die religiöse Spaltung Deutschlands, die seit der Reformationszeit besteht, überwunden. Das ist nicht ihre Aufgabe und kann es nicht sein. Die glaubensmäßigen Auseinandersetzungen finden auf einer anderen Ebene statt, und ihr Ergebnis beruht auf ganz anderen Tatsachen und Erkenntnissen als denen der politischen Arbeit. [...]

Man muss erkennen, dass man eine politische Zusammenarbeit nicht darauf aufbauen kann, wie mancher vielleicht gemeint hat, dass man die glaubensmäßigen Unterschiede unterschlägt oder abbaut. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben uns gelehrt, dass sich Menschen am leichtesten innerlich begeben, die ihren Glauben ernst nehmen. Sie finden sich auch am ehesten zur Erfüllung gemeinsamer politischer und sozialer Aufgaben. [...]

Die Zusammenarbeit der evangelischen und katholischen Menschen hängt davon ab, ob es ihnen gelingt, den in einem Jahrhundert so entleerten Begriff der Freiheit auszufüllen und deutlich zu machen, dass der Glaube keine Privatsache ist, sondern den Menschen in eine öffentliche Verantwortung ruft, die er wie alle Taten vor dem Richtstuhl Gottes zu vertreten hat.“ (Grundlagen einer politischen Zusammenarbeit der Konfessionen, ACDP – 369 – 16/2, 12. März 1952).

Diese Zeilen zeigen, dass Ehlers sich sehr wohl darüber im Klaren war, dass die interkonfessionelle Zusammenarbeit zwischen Katholiken und Protestanten in der Union kein leichtes Unterfangen war. Von katholischer Seite gab es natürlich ebenfalls Ressentiments und Kritik. Man darf bei der historischen Rückschau nicht vergessen, dass die verschiedenen konfessionellen „Milieus“ in der jungen Bundesrepublik Deutschland noch ein

ganz anderes Gewicht und eine viel größere soziale Prägekraft als heutzutage hatten. Auch auf katholischer Seite gab es durchaus so manche Ängste und Befürchtungen, mit der neuen Gewichtung des evangelischen Teiles der Union, die sich nun mit der Gründung des EAK zur politischen Mitbestimmung herausgefordert sah, könnte eine folgenreiche Umgewichtung der bis dato zu Gunsten der Katholiken vorherrschenden konfessionellen Mehrheitsverhältnisse stattfinden. Auf protestantischer Seite wiederum hielt sich das hartnäckige Gerede von der „katholischen“ Partei, sah man doch hier die neue christdemokratische Partei als so etwas wie eine unerschütterliche Fortsetzung der alten Zentrumsparterie aus der Weimarer Zeit. Ehlers wusste um all diese Widerstände, aber er war gleichwohl felsenfest davon überzeugt, dass nur in gemeinsamer Geschlossenheit das Ziel einer ihrer christlichen Wurzeln bewussten Partei zu erreichen sei.

Innerevangelische Kontroversen

In der heftig umstrittenen Frage der Westbindung und der Wiederbewaffnung, die ja gleichzeitig auch – im Vorfeld der Bundestagswahl von 1953 – einer der Katalysatoren für die Gründung des EAK in Siegen war, können wir dann die erste große Bewährungsprobe der neuen konfessionsübergreifenden christlich-demokratischen Partei erblicken. Dieses damals so heftig diskutierte Thema spaltete natürlich insbesondere die evangelischen Christen, für die ja die Teilung Deutschlands wesentlich auch die Trennung von ihren Glaubensgeschwistern im Osten implizierte und die demzufolge in noch viel größerem Maße betroffen waren als die Katholiken. Das bereits 1949 ausgesprochene Wort Martin Niemöllers, des Weggefährten von Hermann Ehlers im evangelischen Widerstand der Nazi-Zeit, „von Rom gezeugt und von Washington geboren“, ist hier bezeichnend, weil sich

in ihm das gesamte Misstrauen führender protestantischer Kräfte gegenüber dem politischen Weg der jungen Bundesrepublik artikuliert.

Die Wiederbewaffnungsdiskussion ist aber nicht nur als ein historisches Relikt vergangener Zeiten zu betrachten, sondern sie offenbart das grundsätzliche Dilemma öffentlicher protestantischer Meinungsbildung und Verlautbarungen im Rahmen gesellschaftspolitischer Diskussionen bis heute. Es gehört eben – gleichsam als Kehrseite der evangelischen Freiheit – zu den Schwächen der evangelischen Christenheit, dass sie immer wieder über so manche zeitgeschichtlichen ethischen beziehungsweise politischen Aktualitäten zu zersplittern droht!

In den ersten Ausgaben der seit März 1953 vom EAK herausgegebenen Zeitschrift „Evangelische Verantwortung“ finden wir viele beispielhafte Zeugnisse der damaligen innerevangelischen politischen Diskussion. Die Art etwa, wie Hermann Ehlers dem Vorwurf des damaligen Präses Wilm begegnete, er würde sich gegen die dringliche Option des Pazifismus aussprechen, ist geradezu paradigmatisch für viele ähnlich emotional geführte politische beziehungsweise ethische Kontroversen im deutschen Protestantismus der Gegenwart und dürfte uns zudem – vor dem Hintergrund der aktuellen friedensethischen Debatten – seltsam aktuell anmuten. Ehlers schreibt im April 1953:

„Kriege vermeiden wir – soweit das überhaupt in der Hand von Menschen liegt – dadurch, dass wir die tatsächlich vorhandene politische Lage erkennen und die ihr gemäßen politischen Entscheidungen treffen. Alles Neinsagen hilft uns über die Erkenntnis nicht hinweg, dass wir in Deutschland und in Europa in einer bedrohten politischen Situation leben. [...] Dieser Bedrohung, in der wir stehen und die durch ganz bestimmte Ereignisse im Osten Deutschlands in den letzten Wochen nur unterstrichen wird,

allein mit der Erklärung zu begegnen: Wir wollen keinen Krieg, darum nein, nein und nochmals nein!, wäre eine an den Tatsachen vorbeigehende Politik. Es wäre auch keine christlich verantwortliche Politik, denn wir sind in den letzten Jahren mehrfach von Theologen mit Recht darauf hingewiesen worden, dass Nüchternheit, Sachlichkeit und Sachgemäßheit theologische Begriffe sind. Vor einer Bedrohung schützt man sich nicht mit Worten, sondern mit Tatsachen.“ (EV 4/53, S. 3 f.)

Zwischen Klerikalismus und Radikalismus

Durch den Einsatz von Hermann Ehlers und anderen führenden Vertretern des EAK konnte die Union in dieser Frage wie in vielen wichtigen anderen, die in der Geschichte der Bundesrepublik noch folgen sollten, ihren Anspruch als neue große Volkspartei auf der Basis konfessionsübergreifender christlicher Wertebindung überhaupt erst verwirklichen. Anselm Doering-Manteuffel vermerkt treffend: „Das interkonfessionelle Engagement von Ehlers war für die CDU 1952/53 in der Tat überlebenswichtig, denn die Einheit der Partei wurde von zwei Seiten her gefährdet beziehungsweise ernsthaft angegriffen. Einerseits wirkte die zunehmende Geschlossenheit auf der katholischen Seite dahin, dass die Katholiken in der CDU als ‚Klerikale‘ beargwöhnt werden konnten, wodurch in Teilen der Öffentlichkeit das Bild entstand, die Bundesrepublik werde von der katholischen Kirche durch das Medium der nur noch zum Schein interkonfessionellen CDU beherrscht. Andererseits erzeugten die erklärten Gegner der Adenauerschen Politik auf der evangelischen Seite, die seit dem Beginn der Wiederbewaffnungsdebatte einen scharfen Kurs gegen Regierung und Unionspartei verfolgten, in der Öffentlichkeit bisweilen den Eindruck, als sei der Protestantismus

in Distanz zur CDU geraten. Wenn sich beide Tendenzen miteinander verbanden, der Klerikalismus der Katholiken und der Radikalismus der protestantischen Richtung um Niemöller und Heinemann, war die Existenzfähigkeit der CDU in Frage gestellt.“ (in: J.-C. Kaiser/A. Doering-Manteuffel [Hrsg.], Christentum und politische Verantwortung, Stuttgart-Berlin-Köln 1990, S. 102)

Die Geschichte hat den damals eingeschlagenen politischen Kurs der Union als richtig bestätigt. Wiederbewaffnung und feste Einbindung in das westliche Bündnis haben Freiheit und Demokratie der Bundesrepublik dauerhaft gesichert. Sowohl der breite Wohlstand als auch das vorbildliche System der sozialen Marktwirtschaft wären ohne das Zusammenwirken von protestantischen wie katholischen Christen in der Union nicht möglich geworden. Es ist immer wie der erwähnenswert, dass die Soziale Marktwirtschaft kein sozialistisches beziehungsweise sozialdemokratisches Erzeugnis ist, sondern der lebendige Spross einer gemeinsamen christlichen Wertebindung innerhalb der Union. Viele Kontroversen und Themen hat es in der Geschichte der Bundesrepublik seither gegeben, über viele ist die Geschichte sang- und klanglos hinweggegangen. Durch die Wiedervereinigung stellten und stellen sich bis heute neue Herausforderungen. Eine globalisierte und unübersichtlich gewordene Welt zeigt uns tagtäglich die Unverzichtbarkeit einer überzeugend gelebten Wertebindung in der Politik. Das „C“ in der CDU wird sich auch weiterhin nicht nur in den guten, sondern auch vor allem in den bösen Tagen im politischen Bündnis der Union zu bewähren haben. Das „C“ ist und bleibt Anspruch und Mahnung für die Politik,

sich nicht im Pragmatismus des Alltagsgeschäftes zu verlieren, sondern immer auch an programmatischen christlichen Zielvorstellungen messen zu lassen.

Überkonfessionelle Verantwortung

Bis heute befasst sich der EAK mit den besonderen Aufgaben und Schwierigkeiten, die mit der politischen Einbindung und Artikulierung evangelischer Positionen innerhalb der Union zusammenhängen. Er leistet somit seinen Beitrag hinsichtlich des Anspruches und der Wirklichkeit einer Politik, die sich zu ihren christlichen Wurzeln bekennt, auch dann, wenn die Logik von Umfrageergebnissen und Meinungsproporz überhand zu nehmen droht. Der Normativität des Faktischen, die für eine authentische und überzeugende Politik verheerend ist, und den Auswüchsen des Zeitgeistes werden sich die evangelischen Christen an der Seite ihrer katholischen Geschwister in der Union immer wieder entgegenzusetzen haben. Der EAK hat es hier in seiner nun einundfünfzigjährigen Geschichte mit großem Erfolg vermocht, seinem Motto, nämlich „Brücken zu bauen zwischen Politik und Kirche“, treu zu bleiben und damit richtungweisende und unverzichtbare Impulse inner- wie außerparteilicher Art zu geben. Bis heute ist es ein Erfordernis, dass sich in einer sich permanent verändernden Welt Christen über die Grenzen ihrer Konfessionen hinaus ihrer politischen und gesellschaftlichen Verantwortung geschlossen stellen. Geschichte und Gegenwart des EAK stehen für diese „ökumenische“ Offenheit des konfessionsübergreifenden Miteinanders, und insofern ist er – passend zum Motto des ersten Ökumenischen Kirchentages – ein Segen für seine Partei und für diese Gesellschaft.